



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

**Ortsverein Lorsch**

Lorsch, 2007-01-21

## Pressemitteilung

# **Freiwillige Polizei – ein Placebo für die Sicherheit**

### **Lorscher SPD kritisch gegenüber "Laien in Blau", besser gut ausgebildete Polizisten**

"Laien in Blau" habe der Spiegel im vergangenen Jahr einen Bericht titulierte, der sich mit dem Freiwilligen Polizeidienst in Deutschland befasste, in erster Linie mit Hessen, sagte Peter Velten in der jüngsten Vorstandssitzung der Lorscher SPD. Dabei habe das Magazin festgestellt, dass die 650 männlichen und weiblichen Polizeihelfer, die durch 90 Städte und Gemeinden des Landes ziehen, fast nur an ungefährlichen Stellen eingesetzt würden, da sie keinerlei Eingriffsbefugnisse hätten.

Da helfe auch die fulminante Erklärung des hessischen Innenministers nichts, der die Einführung der Laienpolizisten als "einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger" bezeichnet hatte. Sie seien auch im Schadensfall nicht abgesichert, wusste Fraktionsvorsitzender Wolfgang Frister, früherer Polizeichef von Bensheim. Hoffentlich trete es nie ein, dass ein solcher Polizeihelfer bei einem Einsatz verletzt oder gar getötet werde. Da solle der Innenminister einmal erklären, wie dann die Hinterbliebenen abgesichert seien oder was mit dem freiwilligen Helfer im Invaliditätsfall passiere.

Tagsüber oder in den frühen Abendstunden in der Innenstadt oder "im Klostergelände spazieren gehen", werde kaum helfen, die Sicherheit in Lorsch zu erhöhen. Wenn in Lorsch eine Situation eintrete wie in Bensheim, wo sich die Zahl der Raubüberfälle und des Vandalismus gehäuft hätten, wenn Bürger von Jugendlichen oder auch erwachsenen, teilweise alkoholisierten Menschen belästigt würden, dann könnten auch Laienpolizisten kaum helfen. Eine Uniform, Handy und Pfefferspray seien keine geeigneten Mittel, um sich im Ernstfall durchzusetzen oder gar zur Wehr setzen zu können. "Präsenz zeigen, beobachten, melden" sei das gesetzlich festgelegte Motto für diese durchaus kommunalpolitisch engagierten Menschen. Sie spiegelten aber nur eine Sicherheit vor, die es in Wirklichkeit nicht mehr gebe. Denn wenn sie "meldeten", müsse auch Polizei kommen.

Und die sei eben nicht mehr in der Zahl vorhanden, wie das früher der Fall gewesen

../2

sei, erklärte Wolfgang Frister. Die Landesregierung habe per Gesetz die wöchentliche Arbeitszeit der Polizei von 38,5 auf 42 Stunden erhöht. Daraus habe sie eine Effizienz von rund 1100 Polizeistellen errechnet und diese Stellen habe sie zu Hunderten bereist abgebaut und bis Ende 2008 werde der Abbau etwa 1100 Stellen, sprich 1100 Polizistinnen und Polizisten, betragen.

Das sei auch am Kreis Bergstraße nicht spurlos vorüber gegangen. Er verweise nur auf die Schließung der Polizeistation Viernheim und auf die Schließung der Autobahnpolizeistation Lorsch. Gerade die Autobahnpolizisten fehlten hier, weil sie öfters durch die Stadt gefahren seien und weil sie teilweise schneller vor Ort sein konnten wie die Beamten aus Heppenheim. Wenn die Landesregierung ehrlich sei, müsse sie zugeben, dass der Freiwillige Polizeidienst nicht einmal ein Ersatz sei, sondern höchstens ein Placebo, um der Bevölkerung eine Sicherheit vorzugaukeln, die ihr nur die wirkliche Polizei geben könne. Hier entziehe sich das Land durch Stellenstreichungen seiner Pflicht und wälze sie auf die Kommunen ab. Hier gehe es nicht um zusätzliche ehrenamtlich arbeitende Bürgerinnen und Bürger, sondern um einen Ersatz für nicht mehr vorhandene Polizei. Das dürfe sich Lorsch nicht gefallen lassen.

Bedenklich sei die Einstellung von "Laien in Blau" aber auch, so die stellvertretende SPD-Vorsitzende Brigitte Sander, weil sie mit sieben Euro pro Stunde entlohnt würden. Das sei ein Affront gegenüber allen ehrenamtlich wirkenden Kräften der Feuerwehr, des Roten Kreuzes oder des technischen Hilfswerks, um nur einige gemeinnützige Organisationen zu nennen, die sich auch um die "Sicherheit" der Lorschenerinnen und Lorschener sorgten.